

Wie geht es mit der Stromautobahn in der Region weiter?

Bundestagsabgeordnete diskutieren mit Bürgermeistern über Südlink-Trasse / Miersch: „Es kommt nun auf jede Formulierung an“

VON GUNNAR MENKENS

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Miersch hat am Dienstag Bürgerinitiativen davor gewarnt, in der Debatte um die unterirdische Trassenführung anstelle oberirdischer Leitungen der Starkstromautobahn Südlink nachzulassen. „Es wäre völlig falsch, Entwarnung zu geben“, sagte der Sozialdemokrat. Im Parlament gebe es große Skepsis gegen eine Erdverkabelung, viele Politiker seien mit dem Thema nicht vertraut. Es brauche noch viel Überzeugungsarbeit im Bundestag. Den Initiativen riet er, sich weiter zu verbinden. Ein neuer Trassenvorschlag des Netzbetreibers Tennet wird Mitte 2016 erwartet.

Das Bundeskabinett hatte am 1. Juli vereinbart, dass die rund 800 Kilometer lange Stromleitung von der Nordsee in den Süden der Republik vorrangig unterirdisch verlegt werden soll. Zuvor hatte Tennet eine Strecke mit Freileitungen vorgelegt, die nun obsolet ist. Die Entscheidung der Bundesregierung war zahlreichen Protesten gegen oberirdische Masten geschuldet. Bürgerinitiativen warnten vor Landschaftsverwundung, Elektrosmog und Werteverlust von Grundstücken und Häusern. Seither wird von Politikern, Initiativen und Kommunen die Frage diskutiert, wie dieser Vorrang in einem Gesetz verbindlich formuliert werden kann. Für diesen Monat werden in Berlin Formulierungshilfen aus dem Wirtschaftsministerium an das Bundeskabinett erwartet.

Gestern trafen sich in Laatzen Bundes- und Landespolitiker, Bürgermeister womöglich betroffener Kommunen und Vertreter von Bürgerinitiativen, um über den Sachstand zu sprechen. Anwesend war auch Jochen Homann, Präsident der zuständigen Bundesnetzagentur. „Vorrang heißt Vorrang“, sagt er. In der Gesprächsrunde hatte er vom Gesetzgeber gefordert, klare und nachvollziehbare Argumente für Ausnahmen, also oberirdische Stromleitungen, zu formulieren. Vom Netzbetreiber Tennet erwartet Homann, die gesamte neue Trasse in einem Stück vorzulegen und nicht in Teilabschnitten.

Im Ringen um die endgültige Formulierung der Texte sagte Matthias Miersch mit Blick auf die bevorzugte Erdverkabelung: „Es kommt auf jede Formulierung an.“ Im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens können auch betroffene Städte und Gemeinden Bedenken und Einwände äußern. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Maria Flachsbarth hatte gemeinsam mit Miersch zu der Laatzener Runde eingeladen. Am Dienstag sagte sie im Anschluss an das Treffen: „Die Kommunen müssen genügend Zeit bekommen, um sich zu äußern.“ Flachsbarth wie Miersch sind Befürworter der Erdverkabelung.